

Volksrecht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postfach-Adress: Postfach-Amf Breslau Nr. 5352.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Vertriebsstellen: Hauptstraße 44, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Hauptstraße 14, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Postfachstraße 14, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wochenpreis 5 Mt., monatlich 15 Mt., vierteljährlich 45 Mt., halbjährlich 85 Mt., jährlich 165 Mt. Durch die Post 300.—

Der Reichstag beschlußunfähig!

Die Durchpeitschung des Versammlungsprüfungsgesetzes verhindert!

Der Reichstag beschlußunfähig, da viele bürgerliche Abgeordnete dauernd fehlen und die Sozialdemokratie den Saal verläßt.

Zu Beginn der Sitzung brachte Genosse Dittmann in folgender Erklärung den Standpunkt der Partei zur Beratung des Versammlungsprüfungsgesetzes zum Ausdruck:

„In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse neben den übrigen Schichten des Landes in dem schweren Abwehrkampf gegen den militärischen Einbruch an der Ruhr steht, schließt sich die Mehrheit des Reichstages an, ein Gesetz gegen sie anzunehmen, das als Ausnahmegesetz wirken muß.“

Das Gesetz, welches nach Ansicht der Antragsteller ursprünglich bestimmt war, rohe Gewaltakte zur Sprengung von Versammlungen zu verhindern, hat in dem Ausmaß, eine Gestaltung erfahren, welche auch andere Zwischenfälle in Versammlungen, die als ein Versuch zur Sprengung ausgelegt werden können, mit schweren Strafen bedroht.

Unsere Redner haben unwiderlegt, zum Teil unwiderzprochen, festgestellt, daß in Bayern Organisationen gebildet werden, die den Versammlungsterror planmäßig organisieren, ohne daß die bisherigen Strafgesetze dagegen angewendet werden. In den Versammlungen dieser Reichsradikalen können selbst Aufforderungen zum Ausschlag der Juden, der Reichsminister, der Reichsbürgerlinge erfolgen, ohne daß die bayerische Regierung und Justiz den Willen oder die Kraft haben, dagegen mit den bestehenden Gesetzen einzuschreiten, die aber in allen anderen Fällen gegen die Arbeiterklasse mit aller Schärfe zur Anwendung kommen.

Daraus entsteht in einem großen Teile Deutschlands für die Arbeiterklasse eine unerträgliche Rechtsungleichheit. Sie würde durch den geplanten Gesetzentwurf noch weiter verschärft werden.

Da die Darlegungen unserer Redner in der Aussprache nicht entkräftet werden konnten, stellen wir auf neue den Antrag, den Gesetzentwurf an den Ausschuss zurück zu verweisen.“

Als Dittmann die Rede verlas, daß sich der Paragraph, der angeblich die Versammlungsfreiheit schützen sollte, zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ausweiten werde, drachen die Reichsparteien in minutenlanges Gedrüll aus. Dittmann beendete in Ruhe seine Rede. Aufgeregt sprang dann der Reichsnationale Schulz an den Rednerpult, um gegen diese unerhörte „Ankündigung“ und „Beleidigung“ der deutschen Arbeiter zu protestieren. Der rheinische Zentrumsgesandte und Vizepräsident des Reichstages, Dr. Well, glaubte, mit sich überhebender Stimme demselben Protest erheben zu müssen. Auch der Deutsche Volkspartei-Redner schloß sich an. Etwas einzulernen versuchte dann der demokratische Abgeordnete Koch, der das schwere innerpolitische Zerwürfnis bedauerliche und gewisse Möglichkeiten zu neuen Verhandlungen durchblicken ließ.

Genosse Hermann Müller: Keine Partei habe den Kampf gegen den Terror seit Jahr und Tag so energisch geführt wie die Sozialdemokratie. Sie sei durchaus für volle Versammlungsfreiheit nach allen Seiten, aber sie gebe ihre Mithilfe nicht dazu, daß ein Paragraph angenommen werde, der zwar nicht als Ausnahmegesetz geplant sei, aber als Ausnahmegesetz wirken müsse. Wenn die bürgerlichen Parteien durchaus diese Paragraphen zum Gesetz machen wollten, brauchten sie ja nur ihre Abgeordneten herzuholen. In einer weiteren Glosse von Reichstagsrednern der bürgerlichen Parteien taten sich namentlich noch der Zentrumsgesandte Ande und der Deutschnationale Abgeordnete Schreus, beides Reichs- und Arbeiter, hervor.

Reichsminister Oeder machte noch einen Einlenkungsversuch, indem er darauf hinwies, daß wirklich freie Wahlen nicht möglich seien, wenn sich der Versammlungsterror bis zum nächsten Wahlkampf nicht lege. Mehrere Regierungen, darunter auch die Bayerische, hätten erklärt, daß sie mit den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen nicht auskommen können. Er werde nun allen Machtmitteln entprechenden Gebrauch machen, um überall im Reiche der Versammlungsterror mehr durchzuführen als bisher. Wenn der Reichstag verweigere, müßten andere Mittel angewendet werden.

Die Bürgerlichen lehnten dann die Rückberufung an den Reichsausschuss, die wir daraufhin erwarten konnten, wieder ab. Es folgten nun lange geschäftsordnungsmäßige Auseinandersetzungen, und wiederholt wurde das Haus beschlußunfähig, weil die Sozialdemokratie von ihrem guten Recht Gebrauch machte, vor der Abstimmung den Saal zu verlassen. Die bürgerlichen Parteien, die erst vor zwei Wochen bei der unangenehm wichtigen Frage der Aufhebung der Getreideumlage, genau dieselbe Taktik aus gegenüber Witten, gezeigten, nun in wachsender Aufregung und machten der Sozialdemokratie die heftigsten Vorwürfe. Schließlich ergab sich um 4 1/2 Uhr bei einer namentlichen Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses, weil die bürgerlichen Fraktionen, die über 274 Abgeordnete zählten, nur 199 zur Abstimmung im Hause hatten. Präsident Rabe berief eine neue Sitzung auf 5 Uhr ein.

In der folgenden kurzen Plenarsitzung wurde der Staatsrat in der Fassung der Ausschussbeschlüsse angenommen. Danach werden u. a. im außerordentlichen Etat noch bewilligt, 6 Milliarden Mark Darlehen an die Länder zur Fertigstellung ausgedehnter Wohnbauten und außerdem zur allgemeinen Rückzahlung des Wohnungsbau 100 Milliarden, Beides soll aus den

Erträgnissen der Wohnungsbaubauabgabe genommen werden.

Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Vorkostung einmaliger außerordentlicher Ausgaben rund 4 1/2 Billionen Mark im Wege der Anleihe fertig zu machen, außerdem darf er zur Vorkostung unabwiesbarer Bedürfnisse, die durch den Ruhereinbruch hervorgerufen sind, nötigenfalls Garantien übernehmen. Auf unseren Antrag wurde beschlossen, daß Reichsgarantien nicht übernommen werden dürfen, soweit nicht alle sonstigen Besitz- und Garantieunterlagen der Garantiegebenden bereits voll ausgenutzt worden sind und soweit sie sich mittelbar oder unmittelbar auf Schutz vor Preisentwertungen beziehen. Einem Reichsausschuss von sieben Köpfen ist Rechnung zu geben.

Ohne Erörterung wurde ein von allen Parteien unterstützter Antrag Dittmanns zugunsten der Krankenversicherung der Erwerbslosen angenommen.

3. dem Verlauf der Reichstagsitzung am Mittwoch schreibt die „Wojtsche Zeitung“:

Die sozialdemokratische Obstruktionstaktik, das Haus beschlußunfähig zu machen, ist klar und eindeutig. Es gibt nur ein ebenso klares und deutliches Gegenmittel: die Befürworter des Gesetzes, die ja, nach der Stärke der Fraktion geschätzt, die Majorität haben, müssen vollständig erscheinen. 280 Abgeordnete haben anwesend zu sein, damit das Haus beschlußfähig ist; am Dienstag hatten die Anhänger des Versammlungsgesetzes 194 Stimmen erreicht. Daß am letzten Tage vor den Ferien die fehlenden 86 Mann sich nicht würden aufstellen lassen, das war jedem klar, der unser Parlament kennt und das hätte auch der Senatorenkonvent des Reichstages berücksichtigen sollen.“

Industrie und Parteien zur Frage des deutschen Angebots und der Garantie.

Unser Berliner Büro meldet:

Am Mittwoch trat der Reichsausschuss der Deutschen Industrie im Reichstag zur Beratung der Reparationsfrage zusammen. Die Sitzung war durch die am Dienstag erfolgte Besprechung des Reichsanwalters mit der Industrie veranlaßt. Sie galt insbesondere der Garantiefrage, der offenbar auch die Reichsregierung für ihr neues Angebot an die Reparationskommission besondere Bedeutung beilegt. Sobald die Beratungen des Kabinetts über die Ausarbeitung eines Angebots beendet und die Wirtschaftskreise über die von ihnen zu leistenden Garantien in der Form schlüssig sind, wird der Reichsanwalters die Parteiführer zu einer Besprechung empfangen. Das dürfte schon in den allerersten Tagen sein.

In übrigen gewinnt innerhalb der Regierung die Auffassung Oberhand, daß in Anbetracht der durch die Besetzung des Ruhrgebietes geminderten deutschen Leistungsfähigkeit die Kennung einer festen Summe unangebracht ist. Herr v. Nolkenberg ist der Ansicht, daß die Besetzung dieser Meinung, die von maßgebenden Kreisen der Sozialdemokratie nicht geteilt wird. Auch ein Teil der bürgerlichen Fraktionen dürfte sich dieser Auffassung nicht anschließen.

Die Reichsbehörden und -betriebe am 1. Mai.

Nach einer von der Reichsregierung getroffenen Regelung haben am 1. Mai die Reichsbehörden und -betriebe in den Ländern, die den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag festgelegt haben (Sachsen, Thüringen usw.), auf diese Weise Rücksicht zu nehmen, d. h. auch ihrerseits den 1. Mai als Feiertag zu betrachten. In den anderen Ländern können die Beamten, Angestellten und Arbeiter um Urlaub nachsuchen, der grundsätzlich überall soweit zu gewähren ist, als dadurch die Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Nach dem Wunsch der Reichsregierung soll bei der Entscheidung über solche Anträge nicht engberzig verfahren werden. Die bewilligte Freizeit ist den Beamten und Angestellten auf den Urlaub anzurechnen und den Arbeitern vom Lohn abzuziehen, sofern nicht die verbleibende Zeit anderweitig nachgeholt wird. In Betrieben, in denen eine Dienstbefreiung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an nicht anerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Urlaub oder Lohnfortzahlung gewährt wird, gilt das Gleiche auch für die Dienstbefreiung am 1. Mai.

Württemberg wehrt sich gegen den Terror der Nationalsozialisten.

Stuttgart, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Veranlaßt durch das Treiben der Nationalsozialisten, die aus Bayern ihre Agitation herübertragen wollen, hat die württembergische Staatsregierung auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung im württembergischen Staatsrat eine Verordnung über außerordentliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verabschiedet. Die Verordnung sieht Versammlungsverbote vor und bedroht Zuwiderhandlende mit Gefängnis nicht unter einer Woche und außerdem kann eine Geldstrafe bis zu einer Million verhängt werden. Beträgt wird, wer in öffentlichen Versammlungen oder Kundgebungen gefährliche Vergehens mit sich führt, fern, wer nicht verbotene Versammlungen, Kundgebungen oder Aufzüge mit Gewalt verhindert oder streng, Unordnungen, Sturm- und Sitstrüps und sonstige Ungehörigkeiten werden für aufgeführt erklärt.

Ein Dollar (vorbörslich) 28000 Mark

Von Rhein und Ruhr.

Die Justizannahme der Rheinlandkommission.

Die deutsche Regierung hat den Regierungen von Paris, London und Brüssel eine Note überreichen lassen, in der sie gegen die Verordnung 156 der Interalliierten Rheinlandkommission vom 22. März Stellung nimmt, da diese die deutsche Justizhoheit völlig durchbräche und allen Ansprüchen über eine geordnete Rechtsprechung zuwiderlaufe. Zwei der Verordnung ist in erster Linie der Schutz aller jener Elemente, die sich gegenüber den französisch-belgischen Gewaltmaßnahmen passiv erweisen haben. Die Aburteilung von Verbrechen, tätigen Beleidigungen und sonstigen Gewalttätigkeiten gegen Personen, die unter dem Schutz dieser Verordnung stehen, soll der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen und ausschließlich der Gerichtsbarkeit der alliierten Militärgerichte zugewiesen werden.

Die Kommunisten im Ruhrgebiet für die „öftliche“ Parole „aktiver“ Abwehr.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem sie darauf hinweisen, daß die Versuche der Kommunisten, Antiköniglichen und Antidankischen, bei Sprengungen von Kohlen- und Kohlenhandeln durch die Franzosen und Belgier ihre Generalkonferenz-Parole zu verwirklichen, das Ziel verfolgten, den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven zu machen, wie auch die Vorgänge in Mülheim es wieder bewiesen. Der Abwehrkampf sei bisher nur deshalb so erfolgreich gewesen, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt worden sei. In dem Augenblick, wo der Generalkonferenz oder ein gewalttätiges Vorgehen einleitet, sei der Abwehrkampf verloren. Generalkonferenz oder gewalttätiges Vorgehen nützen nur dem französischen Militarismus und Imperialismus. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, das Ansinnen der Kommunisten und Antidankischen zurückzuweisen und nach wie vor nur noch den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen zu folgen.

Die kommunistische Parteizentrale will von den Brodaktionen der Franzosen, wenn man einige gewundene Mittel der „Noten Fälschung“ richtig deutet, nicht viel wissen, scheint sich aber gegenüber der „kommunistischen Linken“ innerhalb der Ortsgruppen im Ruhrgebiet nicht durchzusetzen, die geradezu die „öftliche“ „aktive“ Abwehrparole übernehmen. Red

Das dänische Hausangestelltengesetz.

Gerade gegenwärtig, wo nach der Schulentlassung die Frage der Berufswahl für Mädchen akut ist, dürfte eine besondere Aufmerksamkeit für die Verhältnisse der Hausangestellten vorhanden sein. Wieviel für eine auch nur einigermaßen unseren Wünschen entsprechende gesetzliche Regelung auf diesem Gebiet zu tun ist, haben wir seit Jahren immer wieder gesagt. Die bequemen Flachköpfe in Deutschland werfen sich allerdings in die Brust und läuen die billige Redensart wieder: In bezug auf die Sozialgesetzgebung marschieren wir an der Spitze. Man kann und soll das Gute zu Hause anerkennen, aber darum braucht man Vorzügliches in anderen Ländern nicht zu übersehen oder zu verkleinern. In diesem Zusammenhang ist es entschieden von Interesse, die gesetzliche Regelung des Hausangestellten-Dienstverhältnisses in Dänemark zu betrachten. Das Gesetz ist vom 6. Mai 1921. Nehmen wir nur die wichtigsten Bestimmungen heraus:

Dienstverträge dürfen nur für ein Jahr abgeschlossen werden. Gilt der Vertrag nur für einen Monat, so muß einen halben Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ist das Dienstverhältnis für ein halbes Jahr vereinbart, so ist der Lohn monatlich zu zahlen. (Dänemark hat eine stabile Währung.) Hat sich die Hausangestellte länger als ein halbes Jahr verpflichtet, so kann der Arbeitgeber den Lohn, der am Monatsende verdient ist, zwei Monate später auszahlen. (Dieses Recht erscheint bedenklich.)

Der Arbeitgeber ist zu ausreichender und guter Ernährung und zu gesundheitlich einwandfreier Unterbringung der Hausangestellten verpflichtet. Er muß die Sachen, die sie an ihrem Dienstort besitzt, gegen Feuer versichern, und zwar bis zum Werte von 500 Kronen, das sind jetzt in deutschem Gelde über 2 Mill. Mark. Bei Erkrankungen hat die Hausangestellte ein Recht auf Pflege. Der Arbeitgeber kann sie auch in ein öffentliches Krankenhaus, aber nicht an einer anderen Stelle, bringen. Wenn der Arbeitgeber eine Schuld an der Erkrankung trägt, hat er die Kosten für die Wiederherstellung und einen möglichen Arbeitsniederfall nach Beendigung des Dienstvertrages zu tragen. Die Hausangestellte hat gesetzlichen Anspruch auf drei Tage Urlaub im halben Jahr. Die Interessen der Arbeitgeber sind dadurch gesichert, daß bei selbstverschuldeter Krankheit der Hausangestellten Lohnabzüge gemacht werden dürfen, und daß sie in kränkenden Fällen oder zur Vertretung auch Dienste zu leisten hat, die bei der Anstellung nicht ausdrücklich vorgesehen waren. Rechtsstreitigkeiten aus dem Dienstverhältnis zwischen Arbeitgeber und Hausangestellten werden vom paritätischen Schlichtungsausschuss entschieden, der in jeder Gemeinde gewählt werden muß.

Für die Uebersetzung der Vorschriften über Unterbringung und Verpflegung der Hausangestellten und zum Schutz Kinderkranker vor Ausnutzung sind Geldstrafen von 10 bis 500 Kronen festgesetzt. Clara Zils.

Der Gesandte z. Z. von Dänemark, bisher Leiter der Abteilung 2 (Westeuropa) der Auswärtigen Amt, ist zum Gesandten in Kopenhagen ernannt worden.

Die Auswahl der Studienassessoren.

Ein sozialistischer Abgeordneter schreibt dem „Soz. Parlamente“:

Das Reichs-Konferenzamt sucht neuerdings die Defizite bei der Auswahl der Studienassessoren zu beheben. Von den 2000 Assessorien sollen etwa 2000 in den „Arbeitskreisen“ angenommen werden. Sie werden damit im Sinne der „Arbeitskreise“ und müssen nach „Arbeitskreisen“ ausgewählt sein. Es geht sich alles um die Frage: Nach welchem Gesichtspunkt sollen die 2000 Assessorien ausgewählt werden? Hier gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die „Arbeitskreise“ oder die „Arbeitskreise“.

Den Voten wird das Befehlsgewalt auf den ersten Blick bedenklich. Die Eingeweihten denken anders darüber. Jeder Studienassessor hat seine eigene Persönlichkeit, ist anders, ja verschiedene, und wird von verschiedenen Vorurteilen verschieden beurteilt. „Arbeitskreise“ sind aber nicht nur die „Arbeitskreise“, sondern auch die „Arbeitskreise“.

Nach Dr. Voigt muß man, daß die Auswahl nach „Arbeitskreisen“ nicht denkbar ist. Er sagt selbst: „Gärten und Beiden, die in der „Arbeitskreise“ der „Arbeitskreise“ werden, sind die „Arbeitskreise“.

Wir haben 1000 Studienassessoren, die fertig ausgebildet sind und auf „Arbeitskreise“ sind. Ein Unterschied zwischen ihnen und den „Arbeitskreisen“ besteht darin, daß die „Arbeitskreise“ die „Arbeitskreise“ sind.

Es heißt die Teilhabe auf den Kopf stellen, wenn man sich von der Auswahl der Assessorien eine Herabsetzung des höheren Schulwesens im Sinne des Fortschritts zu versprechen vorgibt. Nicht die Studienassessoren bestimmen die Gestaltung des höheren Schulwesens, sondern sie haben sich nach dem zu richten, was die „Arbeitskreise“ und die „Arbeitskreise“ wollen. „Arbeitskreise“ sind die „Arbeitskreise“.

Redebour isoliert.

Die in der sogenannten „Arbeitskreise“ noch versammelten Mannen hielten am Sonntag eine Berliner Generalversammlung ab, um zu dem Ergebnis ihres Parteitag und den Konflikt Redebour-Vielbein Stellung zu nehmen. Dem alten Redebour wurden die schärfsten Vorwürfe wegen seiner „Arbeitskreise“ gemacht. Redebour wies diese Angriffe mit der Begründung zurück, daß er bei allgemeiner Anerkennung der

Der Felsenbrunner Hof.

Geschichte von Anna Croissant-Kuß.
Copyright by Georg Müller in München.

84

Rolf und Eugenie schienen ihr völlig fremd, sie standen da mit Gesichtern wie Masken, mit herabgehangenen Mundwinkeln und geträumelten Augen. Helene versuchte ein paar Mal dem Kandidaten zuzuwinken, aber entweder sah er zu Boden oder über sie hinweg.

Vor ihm, in seiner Reihe, saß wie in der Schule, laßen ein paar sehr junge und ein paar sehr alte Mädchen, die jungen mit bangender Unterlippe, die älteren mit verzückt geneigtem Kopf nach dem Jüngling schauend.

Der junge Mann schien ein „Star“ zu sein, benahm sich auch ganz wie ein „Star“. Er warf die langen Haare in schöner Attitüde zurück; er strich sie wieder mit der schmalen, etwas knochigen langen Hand und sah von Zeit zu Zeit nach den zehn Mädchen, die Blide förmlich im Bogen aufwendend. Schwupps, hatte er sie, wie man einen Schmetterling im Netz fängt und dann gings wieder in Begeisterung und dumpf-schallend wie im Keller weiter.

Disziplin hatten die Anwesenden, der Schulmeister war Frau Thomann. Niemand getraute sich zu museln. Der weibliche Teil hatte zu sitzen, der männliche zu stehen bis zum „Kaffee“. Frau Thomann als erste Präsesin hatte sich nach nicht zu dem Wasser-gedritsch, das Rolf und Eugenie so sehr liebten, dem Lee, befehlen lassen: sie gab ihren traditionellen Kaffee, in den sogar ein Stückchen von dem traditionellen „Surrogat“ mischte, das „ist für die nicht anders.

„Ich hab dich geliebt, mein schönes Kind,
Ich hab dich geliebt bis zum Abend.
Du hast dich entzweit und hast dich geliebt
Und weinst, als ich im Grab bin.“

dekamerte der Jüngling.
Und weiter:

„Doch einmal sag ich noch auf aus dem Grab,
Drei hin vor dich, o du Süße!
Und nehme dir all die Schmerzen ab
Und sieh sie gar an die Füße.“

Ausführung, daß man sich der Mehrheit unterwerfen müsse, im Arzte nicht gegen die Scheidemann und nach Halle nicht gegen die Kommunisten hätte auftreten dürfen. Er unterließ dann noch einmal seine Ausführungen vom letzten Parteitag und betonte:

„Das Wort ‚Friede‘ steht im eigenen Lande“
„Ich heute nicht mehr so einseitig wie während des Krieges; denn das französische Kapital samt der ihm zur Verfügung stehenden Wehrmacht bestünde sich heute in Deutschland. Deshalb muß auch die deutsche Arbeiterklasse, um die des Aufraches, den Kampf gegen das französische Kapital aufzunehmen.“

In diesem Sinne brachte er eine Resolution ein, die sich gegen den französischen Einmarsch, der „unter nichtigen Vorwänden“ erfolgt sei, richtete. Diese Resolution und damit die Verbotliche Auffassung wurde aber mit überwaltigender Mehrheit in der Enkubation mit zwei Drittel der Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit bekannte sich zu der Auffassung, daß die pallne Wehrmacht letzten Endes nur dem deutschen Kapital diene und rüfte damit in eine gewisse Kampfbereitschaft zu den linken Kommunisten (Mittlung Ruth Kähler, die von der Zentrale der jetzigen „Arbeitskreise“ beauftragt wird) die auch durch ihre Forderung der Verzichtnahme auf die Wehrmacht im Abstrakt um den Kampf gegen Guno für wichtiger halten als die Behauptung von der französischen Wehrmacht.

Die Wehrmacht gegen Genossen Kuttner durch zahlreiche Zeugen widerlegt!

Vor der Strafkammer des Landgerichts I. Berlin, wurde am Mittwoch die Berufung des Genossen Erich Kuttner gegen David Lohr verhandelt. David Lohr hatte Kuttner beschuldigt vorgeworfen, den Parteigenossen Erich Lohr erschossen zu haben. In der ersten Instanz wurde David Lohr freigesprochen. Der Prozess wird in der Kammerkammer 1919, in denen Kuttner dem „Arbeitskreise“ „Arbeitskreise“ angehört. Kuttner führte eine Patrouille und fand nach seinen Angaben in einem Haus am Schillbauerdamm einen betrunkenen Mann der entworfen wurde. Sie aber plötzlich wieder im Besitz von Waffen bestand und eine letzte Handgranate entzündete, um sie gegen die Patrouille zu werfen. In diesem Augenblick traf ihn die Kugel Kuttners, der diese Tat immer als Notwehr bezeichnete. In der Beweisführung wurden eine ganze Reihe Zeugen, ehemalige Kameraden Kuttners und Bewohner des Hauses, in dem sich die Tat abspielte, vernommen. Fast alle Zeugen lauten aus, daß die Kuttnerische Patrouille in anderer Gefahr bestand, da der erschossene Erich Lohr bereits die entzündete Handgranate schmeißt und sie im nächsten Augenblick abwerfen hätte, was schließlich den Tod einer ganzen Reihe von Personen herbeigeführt hätte. Die Kameraden Kuttners betonten zum großen Teil, daß in diesem Augenblick nicht anders gehandelt werden konnte. Eine Zeugin laute aus, daß Lohr von ihr in um 8 Uhr morgens in hart angelegtem Zustande dem Haus abgeführt wurde, um auf den Dachboden zu gehen. Selbst die Parteigenossen David Lohrs mußte zugeben, daß sich im Verhältnis zu der ersten Verhandlung eine veränderte Sachlage ergeben habe. Ein vom Vorsitzenden angelegter Vergleich kam aber nicht zustande. Die Urteilsverurteilung erfolgt am Donnerstag.

Die Merikalen Minister in Italien,

die bisher dem Kabinett Mussolini angehört, sind infolge der demokratischen Reichstags des letzten Popularen (Merikalen) Parteitag, mit denen sich Mussolini nicht abfinden wollte, zurückgetreten. Die italienische Regierung besteht nun keine parlamentarische Mehrheit mehr, die ihre Vordemokratie noch nicht durch eine neue Mehrheit ersetzt. Ein Teil der Merikalen scheint allerdings mit der Haltung der Parteiführung aus Angst vor dem parlamentarischen Zerfall nicht ganz einverstanden zu sein.

Vergrößerter Konflikt zwischen Ungarn und Tschechoslowakei.

Prag, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine neue Nordwestliche der von ungarischen Verbänden an einem tschechischen Grenzschutz verübt wurde, hat eine ernste Verurteilung zwischen Prag und Budapest hervorgerufen. Man darf nicht vergessen, daß bis jetzt kein solcher Vorfall berichtet wurde. Wahrscheinlich ist in Prag und der Auffassung, daß die Nordwestliche der „Arbeitskreise“, den ungarischen Verbänden, nahesteht. Die tschechische Regierung richtete inwischen eine Note nach Budapest und forderte Vergrößerung. Ungarn verlangte daraufhin die Unterzeichnung des Vertrags durch eine gemischte Kommission. Die tschechische Regierung nahm den ungarischen Vorschlag an mit der Bedingung, daß die Kommission aus drei Tschechen und drei Ungarn sofort an Ort und Stelle die Unterzeichnung beginnt. — Vorläufig hat der Ministerpräsident beschlossen, die Grenze gegen Ungarn zu sperren. Der Zugverkehr ist nahezu eingeleistet.

Eine Landesverratsaffäre in Holstein-Oberholstein.

Aus Kattowick meldet M.B.: Der Verleger des „Glos-Glosblattes“, Frau Kattowick, der unter der Aufsichtführung des Landesverrats steht, ist wegen Verratsverdachts verhaftet worden. Sein Mitbeschuldiger Stachowiat ist gelassen.

Der Sozialismus in der Tschechoslowakei.

(Schluß.)

Die Regierungspolitik der tschechischen Sozialdemokraten hatte mittlerweile in einem Teile der tschechischen Gewerkschaften heftige Unzufriedenheit erweckt. Dieser Gegensatz zwischen einigen tschechischen sozialdemokratischen Gewerkschaften und der tschechischen sozialdemokratischen Partei bewog drei Gewerkschaftsführer, die sozialdemokratische Abgeordneten waren, aus dem sozialdemokratischen Klub auszutreten und sich als unabhängige Sozialdemokraten zu erklären. Es sind dies die Abgeordneten Brodca, Klein und Charnath. Zuletzt wurden auch die tschechischen Sozialisten vom Gescheh der Spaltung ergriffen. Das Eintreten dieser Partei für das reaktionäre Schutzgesetz, das in Wahrheit ein Gesetz zum Schutze der Regierungskoalition und nicht eines zum Schutze der Republik ist, fand Widerspruch in den eigenen Reihen. Entgegen dem Klubbeschluss, von allen Abgeordneten zur Pflicht gemacht, für das Schutzgesetz zu stimmen, stimmten die Abgeordneten Dr. Urbanek, Dr. Bartoschek, Draxl (Wasserbauarbeiterführer) und Frau Landova-Stich gegen das Schutzgesetz. Darauf wurden sie aus der Partei ausgeschlossen, aber sie nahmen nun sofort den Kampf gegen die Partei auf und man kann, soweit sich das Ergebnis bis jetzt überblicken läßt, sagen, daß die nationalsozialistische Bergarbeiter Nordwestböhmens und die nationalsozialistischen Freidenker fast einmütig zu den vier Ausgeschlossenen stehen. Sie und ihre Anhänger haben sich als unabhängige sozialistische Partei konstituiert und geben ab 1. Mai ein täglich erscheinendes Blatt heraus. Wir haben nun bereits sieben sozialistische Parteien aufgezählt und nur der Vollständigkeit halber erwähnen wir noch, daß es in der Slowakei noch eine deutsch-magyarische sozialdemokratische Partei gibt, die wohl drei Abgeordnete im Parlamente hat, aber nicht von besonderer Bedeutung ist.

Acht sozialistische Parteien! Es ist begreiflich, daß das Bürgertum verärgert hat, sich vor den Sozialdemokraten zu fürchten, daß von den Sozialisierungsplänen keine Rede mehr ist. Wohl wurde der Großgrundbesitz vielfach enteignet, aber er wurde zerstückelt, parzelliert und an tschechische Kleinrentner vergeben, vor allem an ehemalige Legionäre, und die Bodenreform wurde damit zu einem wirklichen Tschechisierungsmittel. Mit Sozialismus freilich hat die Zerstückelung des ritterlicheren Großgrundbesitzes und die Schaffung vieler kleiner Eigentümer nichts zu tun. Und von der Sozialisierung der Gruben ist natürlich längst keine Rede mehr.

Im Parlamente beträgt nun nach den vielen Abspaltungen die Regierungsmehrheit nur noch ungefähr zehn Stimmen. Eine Kleinigkeit, — Verzögerung noch einiger Abgeordneten der jetzigen Regierungsparteien — und die Koalition ist in der Minderheit. Die Schwäche ihrer Position führt denn auch die Regierungskoalition und um so zäher klammern sich ihre Parteien aneinander.

Daß es in diesem Parlamente keine Wirkung der Argumente gibt, daß hier eine sachliche Mitarbeit der Opposition nicht möglich ist, weil einzig und allein der Wille der Koalitionsparteien entscheidet, das hat in weiten Kreisen vollständige Abkehr vom Parlamentarismus verursacht. Das Verlangen der tschechischen Sozialdemokraten als Sozialisten, ihr Dauerbündnis mit der tschechischen Bourgeoisie gegen die Minderheiten und damit auch gegen die deutschen Arbeiter, hat in den proletarischen Schichten, die 1918 und 1919 zur deutschen Sozialdemokratie kamen, den Glauben an den Sozialismus und an die Internationale vielfach ausgelöscht. Im deutschen Proletariat gewinnen, was ja angesichts der tschechischen Gewaltherrschaft verständlich ist, Nationalsozialisten und Merikale langsam an Boden. Viel, viel

was sie tun oder sagen sollte. Da fürchten aber schon die fünf Damen über Frau Thomanns Hände — weinte nicht eine wirkliche Zähren? — und sammelten ihren Dank. Sie wußten, wie man sich zu benehmen hatte. Sie stiegen sämtlich die Treppe nach aufwärts und die eine mit der Billie, der diese gewiß ein Hindernis war, wiederholte mit unendlicher Wehmut: „Und doch ist's allein! — allein!“ Pause.

Eins — zwei — drei — dann ging's los: „Oh Sie wunder-volle Dichterin! Bräutchen! Einzig! Viele Tische! Dieser Schwung! So richtig Stimmungswort!“ Nein so gewaltig! Wir müssen das noch einmal hören!“ so befehlten sie die Hausfrau: „Koch eens!“ daß schmeizend einer der Backfische und sah den Jüngling zündend an.

Die Frau Thomann erhob sich ein wenig schwerfällig, die Schleppe ihres feuerroten Kleides mit dem Fuß zurückwerfend, wehrte sie den Dank und die Komplimente resolut ab: „Nix da! Ich wolle m' emol Kaffee trinken! En avant! Kommen Sie, Hähnchen!“ winkte sie dem Jüngling, und dann: „Kommen Sie, Fräulein Helene, oder gehen Sie mit der Milla.“

Milla hatte schon Helene's Arm genommen. „E gan' nett, behäbige Mädchen“, sagte Frau Thomann ziemlich laut zu dem Hähnchen. „Ich will e bische Lieb mit'm sein. Es dauert mich so sehr! Die Verhältnisse! Und lieber Gott, was soll aus'm werbe? Für was Höheres hat's kein Sinn und fürs Haus werd's auch nit erzoge sein. No, ich werd'm nachher uff de Bahn fähle.“

Der Kandidat hatte einer der jungen Damen den Arm geboten. Es sah fast nach Protest aus, denn das „zu Tisch führen“ und dergleichen „Hoffe“ waren bei Frau Thomann streng verpönt. Er hatte sich die Hähnchen erwählt, die ob der Auszeichnung und der Programmwirksamkeit heftig erröte.

Die anderen Damen hielten sich eng zusammen, von den beiden Jünglingen flankiert, deren Namen Rolf längst wieder vergessen hatte.

So ging der Zug durch alle Zimmer. „Wir scheiden durch die Gemäuer!“ bemerkte Rolf fast lässlich.

Die Mutter liebte es nun einmal so; man mußte stets wenn's zum „Kaffee“ ging, durch fünf Zimmer gehen. Auf der anderen Seite wäre man nach einem Durchschreiten des Vestibüls im Schimmer gewesen. Sie fand das freilich.

(Fortsetzung folgt)

ASCHHEIM & POETSCH
BRESLAU
TUCH-
GROSS-
HANDEL

Lieferant
mehrerer Konsum-Vereine

Teppichhaus Hermann Leipziger
Inhaber: Adolf und Walter Leipziger
Breslau, Schweidnitzer Straße 7
gegenüber der Schlesischen Zeitung · Tel. Ring 598
Preiswerte Deutsche Teppiche
Bettvorlagen, Läufer, Tisch-, Divan- und Reise-
decken usw., aparte Gardinen, Stores,
Bettdecken, Möbelstoffe

M. Gerstel A.-G.
Schweidnitzer Straße 10-11
Vornehmste Damen-Moden
Pelze
Eigene große Maß-, Schneiderei-
und Kürschner-Werkstätten im Hause

Kary & Gerson
= Junkerstraße 31 =
Getreide- und Futtermittel-
Großhandlung
Telephon: Ring 348, 8172, 8173, 8174.

Gebr. Bileski
Ofener Straße 38
Säcke- und Planenfabrik
Großhandlung gebr. Säcke
Tel. Ring 8903/04. Tel. Ring 8905/04.

Moritz Singer
Textilwaren-Großhandlung
BRESLAU 5
Telegraphenstraße 9, 1. Etage

Hotel „Vier Jahreszeiten“
Haus ersten Ranges
Gartenstraße 66/70
Inh.: Fritz Voß & Co. Direktion:
Berlin O. Ludwig

Geschw. Prager
Ring Nr. 56
Große Auswahl
in
Kleidern, Blusen und Röcken

Telefon B. 2955 **Robert Prinz** Gegr. 1874
Inh.: Moritz Prinz, Elektro-Installationsmeister
Breslau, Reuschestraße 47/48, nur 1. Etage
Elektrische Licht- und Kraftanlagen für Stadt und Land
Belastungsbücher für Elektr. und Gas in großer Auswahl
Elektrische Bügeleisen, Koch- und Heizapparate, Motoren
und Motorreparaturen. Vertrieb von Öllampen- und Lampen-
Installationsmaterial.

Max Guttman
Reuschestraße 51
Futterstoffe = Knöpfe = Seide
Großhandel = Einzelhandel

Breslauer Wurstfabrik
G. m. b. H.
Messergasse 25

Reserviert

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz. A¹ Ohne Gewähr

Martin Neumann
BRESLAU I Schuhwaren-Großhandlung DRESDEN-A.
Ohlauer Straße 68a **Qualitäts-Schuhwaren** Gr. Zwingerstraße 5
Saison-Artikel — Größte Auswahl

Waren-Handels-Gesellschaft m. b. H.
Kolonialwaren-Großhandlung
Direkter Import von Schmalz, Speck, Reis usw.
Lieferant für Konsum-Vereine, Wirtschafts-Vereine usw.
Kontor und Lager: Breslau, Schwertstraße 7
Telegramm-Adresse: Wahago ... Fernruf: Ring 7729/34

Herrn Spanier & Juhn
BRESLAU I **Ohlauerstr. 45** Ecke
Teppiche — Gardinen Promenade

Julius Aschheim & Co.
Schuhwaren engros
Berlin C. 2, Klosterstraße 1/2
Telephon Nr. 2187 :: Telegramm-Adresse: Juaschsh
Lieferant von Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften
Spezialität: Arbeiter- und Berufsschuhwerk

Abfahrt der Züge von Breslau-Hauptbahnhof.
Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben. D = Durchgangswagen, W = Werktag, S = Sonn- und Feiertag. * beschleunigte Personenzüge 2-4 Klasse, x fallen bis auf weiteres aus.

Nach Richtung Liegnitz — Sagan — (Koblenz) — Berlin und nach Liegnitz — Görlitz — Dresden (Sonntag 2).

D 1205	D 1205	D 544	D 534	* 601	616	577	x D 900	D 1130	1142	x 201	D 322	353	714	x 845	1110
n. Sagan — Berlin	nach Kohlfurt — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin

Nach Richtung Brieg — Oppeln — (Sachsen) — Oderberg (Sonntag 3).

x D 302	414	D 603	800	1084	D 200	231	441	x D 524	* 349	620	652	908	D 1000	1214
nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin	nach Sagan — nach Berlin

De Lichting Koffij
Damen-Mädchen-Mantel-Fabrik
Breslau I, Nikolaifl. 8-9
Elegante Befugungsbühnen durch
Elgafabrikation seit 1886

Nöthel, Weber & Co., Bankgeschäft BRESLAU V
Telephon: Ring 7655; Ohle: 4756, 8608/4 = Fernruf: Ring 13031 :: Telegr.-Adresse: Noweco
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte Handel in unnotierten und jungen Aktien

Emanuel Rosengarten Akt.-Ges.
Abfallverwertungs- und Sortieranstalt * Textilabfälle, Altpapier, Lederabfälle
Lageradresse: Schießwärdnerstraße 38
Fernsprecher: Ring 1953, 2830, 5526 / Drahtwort: Erga Breslau 8

Rettig & Fraenkel
Breslau, Reuschestraße 13/15
Seidenwarengroßhandlung und Herstellung von Trachtentüchern

Foerder & Süßmann, Webwarengroßhandlung
Neue Graupenstraße 17 Telephon Ring Nr. 4803
Spezialität: Leinen- und Baumwollwaren, Hosenzeuge

Lewin & Kempinski Schuhwaren-Großhandlung
Breslau, Hüfchenstraße Nr. 2 — Telephon: Ohle 2984. Export

F. D. C. Iwand, Clarenmühle 1 Vorderbleiche 1
Telephon: Ring 644
empfehlteste Weizen- und Roggenmehle · Spez. „Clara-Malt“, bestes altes Malzmehl

Albert Gutsche
Breslau, Reuschestr. 20-31, Tel. Ring 10049
Engros Lederhandlung Detail
Gummiabstätze — Schuhbedarfartikel
Filialen: Gräbchenstr. 12/21, Klosterstr.
Moltkestr. 14, Bohleauer Str. 27

Kaase-Gaststätte
Tauentzienplatz
und
Steins gutes Stübel
Vornehmes
und größtes Speisehaus
des deutschen Ostens

Gebr. Barasch G. m. b. H.
Ring 1 Neumarkt 17
Kaufhaus für Bedarfs- u. Luxusartikel
Unsere Sonderabteilungen:
Verkehrsbüro
Photographisches Atelier / Erfrischungsräume
Ulstein-Schnittmuster / Modenhefte

Max Fröhlich
BRESLAU I, Antonienstraße 36/38
Getreide- und Futtermittel-Großhandlung
Telephon: Ohle 21 und 670
Telegr.-Adr.: Getreidehandel

Riesige Vorräte
Fabelhaft billige Preise
Blusen-Wolf
Gartenstraße Nr. 59
Ecke Neus Schweidnitzer Straße

Adolf Stephan G. m. b. H.
Ingenieur-Büro, Tauentzienstraße 24.
Spezial-Geschäft für Wasserleitungs-,
Kanalisations- und Gasbeleuchtungs-
Anlagen, Bade-Einrichtungen.
Fernsprecher: Ring 606 und 5405.

Ball, Bromberger & Co.
Breslau I, Schweidnitzer Straße 31
Fernsprecher: Amt Ohle 278
Hosenfabrik — Spezialität: Breeches

Seidenhaus
M. Fischhoff
BRESLAU I, Ring 43
Fernspr.: Ring 1441, 1442
Seide * Samt * Wollstoffe * Waschstoffe

Leopold Bloch
Lederwarengroßhandlung
Breslau 5 — Gartenstraße 19
Gegründet 1871. Telephon Ring 1566.

Georg Friedländer
Spezialität: Sport-Konfektion
Herren-Kleiderfabrik
BRESLAU I Reuschestraße 37/38

Reserviert

Gebr. Zolkowitz
Engros :: Webwaren :: Export
Gartenstraße 19. Gartenstraße 19.

Hermann Schimek
Altpapier-Großhandlung
Tauentzienstraße 123-25. Fernspr. Ring 2569.